

Dok-HuF-2009/06

Andreas Keller: Für eine starke Bildungsgewerkschaft mit einem starken Organisationsbereich Hochschule und Forschung
Rede zur Kandidatur für den Geschäftsführenden Vorstand 26. Gewerkschaftstag der GEW, Nürnberg, 27. April 2009

Verteiler: BFGA HuF, BASS, alle Projektgruppen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

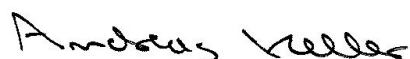
der 26. Gewerkschaftstag der GEW hat mich am 27. April 2009 in Nürnberg zum Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW gewählt. Das Manuskript meiner Rede zur Kandidatur gebe ich euch gerne in der Anlage zur Kenntnis. Bitte beachtet: Es gilt das gesprochene Wort. Ein Wortlautprotokoll des gesamten Gewerkschaftstages ist in Vorbereitung.

Die Wahlergebnisse im Einzelnen sind im Internet abrufbar:

www.gew-gewerkschaftstag.de/Wahlergebnisse_im_Ueberblick.html

Ich bedanke mich für die vielfältige Unterstützung im Vorfeld des Gewerkschaftstages und vor Ort in Nürnberg und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit!

Mit kollegialen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Andreas Keller'.

Dr. Andreas Keller
Frankfurt am Main, 04.05.2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin der Kandidat für den Bereich, dem die GEW ihren dritten Buchstaben verdankt: für den Organisationsbereich Hochschule und Forschung. Ohne uns, die Wissenschaft, müsste die GEW nicht nur das W aus ihrem Namen streichen und sich in GE umbenennen. Ohne uns wäre die GEW auch keine Bildungsgewerkschaft mehr, die Beschäftigten in allen Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Volkshochschule, das heißt auch an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, organisiert.

Die GEW ist eine Bildungsgewerkschaft, und zwar nicht irgendeine, sondern die erste und einzig wahre Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Und sie bleibt eine Bildungsgewerkschaft und das ist gut so.

Warum braucht eine starke Bildungsgewerkschaft einen starken Organisationsbereich Hochschule und Forschung?

Erstens weil fast alle GEW-Kolleginnen und Kollegen die Hochschulen als ihre Ausbildungsstätte erfahren haben. Weil Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, Weiterbildner und mehr und mehr Erzieherinnen und Erzieher – wenn es nach der GEW ginge wie in vielen anderen Ländern üblich alle Erzieherinnen und Erzieher – an einer Universität, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule ausgebildet werden, muss sich die GEW als Bildungsgewerkschaft den Hochschulen annehmen, und zwar als eines ihrer Top-Themen. Nicht nur um die künftigen Beschäftigten schon im Studium für die GEW zu gewinnen, sondern auch um die inhaltliche Gestaltung der Studiengänge und damit der Ausbildung der wissenschaftlich qualifizierten Fachkräfte in den vier Organisationsbereichen der GEW aus gewerkschaftlicher Perspektive zu beeinflussen. In der Studienreform ist die GEW als Bildungsgewerkschaft daher in zweierlei Hinsicht gefragt: Als Gewerkschaft, die die für Lehre und Studium verantwortlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler organisiert, und als Organisation, die die berufliche Praxis in der Branche Bildung repräsentiert.

Wir brauchen *zweitens* eine starke Bildungsgewerkschaft mit einem starken Organisationsbereich Hochschule und Forschung, weil – das ist eben schon angeklungen – eine Bildungsgewerkschaft die Beschäftigten in allen Bildungseinrichtungen organisieren muss, also selbstverständlich auch an den Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs, an den Hochschulen. Vielen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern ist es gar nicht mehr bewusst, dass sie zunächst einmal auch Lehrerinnen und Lehrer an einer Schule sind: Hochschul-Lehrerinnen und Lehrer an einer Hoch-Schule. Denn an den Hochschulen hat die Forschung der Lehre längst den Rang abgelaufen. Die GEW sieht das – mit den zahlreichen GEW-Mitglieder unter den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern – komplett anders: „Die Lehre in den Mittelpunkt“ lautet daher das Motto des Positionspapiers zur Qualität der Hochschullehre, das der Hauptvorstand voriges Jahr auf meinen Vorschlag beschlossen hat. Hochschulen sind Bildungseinrichtungen, die Lehrenden an den Hochschulen gehören in die Bildungsgewerkschaft – und deshalb brauchen wir eine starke Bildungsgewerkschaft GEW mit einem dicken, fetten W.

Wir brauchen *drittens* einen starken Organisationsbereich Hochschule und Forschung in der Bildungsgewerkschaft GEW, weil die bildungspolitische Stimme der GEW ohne einen starken hochschulpolitischen Akzent auf weniger Gehör stoßen würde. Was wäre eine GEW, die keinen eigenen Standpunkt in die Debatte um den Bologna-Prozess einbringen könnte? Eine GEW, die der in Gütersloh propagierten Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschulen ebenso tatenlos zusehen würde wie der abermaligen Untertunnelung eines „Studierendenberg“ durch Bund und Länder? Die sich nicht an den Protesten gegen Studiengebühren beteiligte und kein Konzept für eine Reform der Ausbildungsförderung vorzuweisen hätte? Eine solche GEW wäre alles, aber keine Bildungsgewerkschaft! Eine starke Bildungsgewerkschaft braucht ein starkes wissenschaftspolitisches Standbein. Deshalb bin ich froh, euch auf dem 26. ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg einen, wie ich meine, brauchbaren Entwurf für ein neues wissenschaftspolitisches Programm der GEW vorlegen zu können – wie ihr ihn auf dem 25. ordentlichen Gewerkschaftstag vor vier Jahren in Erfurt in Auftrag gegeben habt.

Wie ihr seht bin ich ein überzeugter Bildungsgewerkschafter. Vielleicht hat es damit zu tun, das ich 1999 Delegierter beim außerordentlichen Gewerkschaftstag in Würzburg war, wo sich die GEW zur Bildungsgewerkschaft aufgerufen hat. Die von zehn Jahren getroffene Entscheidung, eigenständig zu bleiben, aber sich als Bildungsgewerkschaft mit vier Organisationsbereichen zu profilieren, bestätigte mich damals in meiner Einschätzung, mich in der richtigen Gewerkschaft zu engagieren.

Ich darf an dieser Stelle einige Angaben zu meiner Person machen. Ich bin 43 Jahre alt und in der Nähe von Pforzheim, im selben Landkreis wie die Vorsitzende des Landesverbands Baden-Württemberg, Doro Moritz, geboren und aufgewachsen. 1985 habe ich unter dem Gerhard Mayer-Vorfelder, dem damaligen Präsidenten des VfB Stuttgart und nebenbei baden-württembergischen Kultusminister, das Zentralabitur abgelegt. Das Studium der Politikwissenschaft führte mich ins hessische Marburg, wo ich nach meinem Studium sechs Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität in Forschung und Lehre tätig war, Studierende ausgebildet und promoviert habe. In dieser Zeit nahm ich mein ehrenamtliches Engagement in der GEW auf, der ich seit 1990 angehöre: als Vorsitzender des örtlichen Regionalverbands Hochschule und Forschung, als Mitglied des hessischen Landesvorstands und als Mitglied des Landes- und Bundesfachgruppenausschusses Hochschule und Forschung. Daneben nahm ich für die GEW Mandate in Organen der akademischen Selbstverwaltung und im Personalrat wahr.

1999 – im Jahr der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung, aber das war purer Zufall – verließ ich die Universität und ging in die Praxis. Zunächst in die politische Praxis: 2000 bis 2002 beriet ich die damalige PDS-Bundestagsfraktion als Referent für Wissenschaftspolitik. Dann in die Praxis der Hochschulverwaltung: ab 2003 in der Charité – Universitätsmedizin Berlin, der gemeinsamen medizinischen Fakultät und Uniklinik von Freier Universität und Humboldt-Universität – mit 15.000 Beschäftigten angeblich die größte medizinische Hochschulreinrichtung Europas. Mein ehrenamtliches Engagement für die GEW setzte ich nun im Landesverband Berlin fort, als Vorstandsmitglied der Abteilung Wissenschaft.

Auf diese Weise habe ich in meiner beruflichen Laufbahn den Bereich Hochschule und Forschung aus verschiedenen Perspektiven kennen gelernt: aus der Perspektive von Forschung und Lehre, aus der Perspektive der Wissenschaftspolitik und aus der Perspektive der Wissenschaftsverwaltung. Eine hervorragende Voraussetzung, um auch als hauptamtliches Vorstandsmitglied der GEW die Interessen der Mitglieder des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung zu vertreten. Das fanden die Kolleginnen und Kollegen, die mich 2006 für das frei gewordene Mandat im Geschäftsführenden Vorstand der GEW vorgeschlagen haben. Vor zweieinhalb Jahren hat mich der Hauptvorstand in Magdeburg zum für Hochschule und Forschung verantwortlichen Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW gewählt. Seit 1. Januar 2007 übe ich diese Funktion hauptamtlich aus.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, meinen Kolleginnen und Kollegen im Geschäftsführenden Vorstand und den Mitgliedern des Hauptvorstands dafür zu danken, dass sie mir unter schwierigen Rahmenbedingungen den Start leicht gemacht haben. Wie ihr wisst, war die finanzielle Situation meines Bereichs bei meinem Start desolat. Die Kolleginnen und Kollegen haben aber für eine zügige „Entschuldung“ meines Bereichs und damit gute Arbeitsbedingungen gesorgt. Und Ulrich Thöne hat durch die kommissarische Leitung des Bereichs 2006 dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen im Organisationsbereich weiter arbeiten konnten. Das alles war vor drei Jahren nicht selbstverständlich, darum heute dafür meinen besonderen Dank an Ulrich und die anderen Kolleginnen und Kollegen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die GEW eine Bildungsgewerkschaft ist, dann war es die Solidarität der Organisationsbereiche in dieser schwierigen Zeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach etwas über zwei Jahren GEW-Vorstandsarbeit habe ich natürlich noch lange nicht genug. Ich bitte euch daher heute um euer Vertrauen dafür, meine Arbeit im Geschäftsführenden Vorstand fortsetzen zu können. Lasst mich daher abschließend skizzieren, welche Herausforderungen die Bildungsgewerkschaft GEW im Organisationsbereich Hochschu-

le und Forschung in den nächsten vier Jahren zu bewältigen hat. Ich möchte vier wesentliche Herausforderungen für vier Jahre benennen.

Erstens. Die Bildungsgewerkschaft GEW muss weiter für den nachfragegerechten Ausbau der Hochschulen, für die Öffnung der Hochschulen und für Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium eintreten.

Als ich in den achtziger Jahren mein Studium aufnahm, war ich Teil jenes „Studentenbergs“, den Bund und Länder in den siebziger Jahren „untertunneln“ wollten. Heute wissen wir, dass die Untertunnelungsstrategie von vornherein der falsche Ansatz war. Ein Licht am Ende des Tunnels schien niemals auf, weil nach dem Anstieg auf den „Studentenberg“ keine Talfahrt folgte, sondern ein Hochplateau.

Heute ist die Politik drauf und dran, den gleichen Fehler zu wiederholen. Zwar haben sich Bund und Länder soeben auf die Fortsetzung des „Hochschulpakts 2020“ verständigt. Aber die eingeplanten Mittel werden nicht ausreichen, um allen Studienbewerberinnen und Studienbewerbern die faire Chance auf einen Studienplatz zu eröffnen. Dagegen scheint Geld keine Rolle zu spielen, wenn es um die Finanzierung der Spitzenforschung an wenigen Exzellenzuniversitäten geht. Wir brauchen aber keine Leuchttürme auf dem Studentenberg, sondern gute Bildung für alle! Daher wird die GEW nicht nachlassen, auf einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau der Hochschulen zu dringen.

Noch so viele Studienplätze würden nicht ausreichen, wenn sich die jungen Menschen ein Studium nicht mehr leisten könnten. Der Kampf gegen Studiengebühren und für eine strukturelle Erneuerung der Ausbildungsförderung wird daher auch in den kommenden Jahren Schwerpunkt der Wissenschaftspolitik der Bildungsgewerkschaft GEW sein. Es gibt überhaupt keinen Grund zur Entmutigung. Vor wenigen Jahren wurde wir, die an der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ohne Wenn und Aber festhielten, von vielen nicht schon gar nicht mehr ernst genommen. Der Wind hat aber gedreht. In Hessen haben die Wählerinnen und Wähler gezeigt, dass sich politische Fehler korrigieren lassen, dass Studiengebühren auch wieder abgeschafft werden können. Nur noch

sechs von sechzehn Bundesländern halten am Bezahlstudium fest, in zehn Bundesländer ist das Studium – in Übereinstimmung mit dem Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – gebührenfrei. Das ist eine Trendwende in der politischen Auseinandersetzung, die uns Mut macht, weiter für die Gebührenfreiheit ohne Wenn und Aber und für die soziale Öffnung der Hochschulen zu streiten. Gegen die „Untertunnelung“ des „Studierendenbergs“ – für Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium!

Zweitens. Für die Bildungsgewerkschaft GEW gilt die Devise: Bildung ist keine Ware, Hochschulen sind keine Dienstleistungsunternehmen. Die GEW wird weiterhin dafür eintreten, dass Hochschulen zwar reformiert und modernisiert werden, sich aber strikt gegen ihre Verbetriebswirtschaftlichung wenden. Die Vordenker einer neoliberalen Umgestaltung unserer Gesellschaft in Gütersloh haben das Leitbild für eine „unternehmerische Hochschule“ entworfen, das längst Einzug in die Hochschulgesetzgebung der Länder gehalten hat. Die gewählten Kollegialorgane von Professorinnen und Professoren, anderen Beschäftigten und Studierenden werden entmachtet oder gleich ganz abgeschafft, von Wirtschaftsvertretern dominierte Hochschul- und Aufsichtsräte kontrollieren die Hochschulleitungen. Mit unserem neuen wissenschaftspolitischen Programm, das euch vorliegt, haben wir gezeigt, dass die Kritiker der „unternehmerischen Hochschule“ nicht die staatlich überregulierte und professorendominierte Hochschule des vorigen Jahrhundert verteidigen müssen. Die GEW kämpft für Innovation durch Partizipation, Autonomie ohne Autokratie an den Hochschulen – das ist unsere Alternative zur „unternehmerischen Hochschule“. Lasst uns gemeinsam etwas unternehmen, gegen das Unternehmen Hochschule!

Seit dem 1. August 2008 sind die Länder nicht mehr an die Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes gebunden. In der nächsten Zeit wird daher eine Welle der Hochschulgesetzgebung durch unseren Bundesstaat schwappen. Die GEW muss daher jetzt ihr Konzept für eine alternative Hochschulreform in die Länderparlamente tragen und dort für einen föderalen Wettbewerb um das mitbestimmungsfreundlichste Landeshochschulgesetz werben. Dabei möchte ich euch in den Landesverbänden

unterstützen. Lasst uns etwas gegen das „Unternehmen Uni“ unternehmen – und für Innovation durch Partizipation!

Drittens. Der Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses wird in der GEW kontrovers diskutiert. Völlig unbestreitbar ist aber zweierlei. Es ist zum einen gut, dass an den Hochschulen endlich wieder über die Lehre diskutiert wird. Genau das hat die GEW voriges Jahr mit ihrem Positionspapier „Die Lehre in den Mittelpunkt!“ nachdrücklich gefordert. Zum anderen lässt sich 2009, zehn Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung, feststellen, dass die Ziele des Bologna-Prozesses nicht erreicht wurden. Eine falsch verstandene Modularisierung der Studiengänge hat die Verschulung und Verdichtung des Studiums, die Entmündigung der Studierenden und der Dozentinnen und Dozenten vorangetrieben – die Module spielen verrückt! Ein Übermaß an studentischem „Workload“ geht mit der Überlastung der beschäftigten Kolleginnen und Kollegen einher, die für Lehre und Studium, Studienreform und Curriculumsentwicklung, Qualitätssicherung und Akkreditierung verantwortlich sind.

Besonders deprimierend ist die Situation in der LehrerInnenbildung. Schaut euch den Bericht von Gabriele Bellenberg in unseren neuen Broschüre zu Bachelor und Master in der LehrerInnenbildung „Endstation Bologna?“ an. Der Bologna-Prozess hat mitnichten zu einer besseren Mobilität im Europäischen Hochschulraum oder wenigstens im deutschen Bundesstaat geführt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Länder knüpfen munter weiter an ihrem bunten Flickenteppich unterschiedlicher LehrerInnenbildungsmodelle. Die Gräben zwischen den Schularten und Schulstufen in der LehrerInnenbildung werden nicht etwa überwunden, sondern weiter vertieft.

Ich werde mich daher weiterhin für einen radikalen Kurswechsel im Bologna-Prozess einsetzen. Die Studienreform muss die Qualität von Lehre und Studium verbessern, die soziale Dimension des Europäischen Hochschulraums stärken, Mobilitätshindernisse für Studierende und Beschäftigte beseitigen und die Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor zum Master herstellen. Radikaler Kurswechsel heißt auch: Wir brauchen eine Entschleunigung des Bologna-Prozesses – Qualität geht

vor Tempo. Wo es Bedenken gegen die Umstellung der lehrerInnenbildenden Studiengänge gibt, müssen diese endlich ernst genommen werden. Eine Studienstrukturreform, die gegen den Willen der Lernenden und Lehrenden top down durchgesetzt wird, ist zum Scheitern verurteilt. Für eine qualitative Studienreform im Europäischen Hochschulraum, für eine gleichwertige Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer!

Viertens. Die Bildungsgewerkschaft GEW muss sich noch stärker als Interessenvertretung der Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen profilieren. Eine starke Bildungsgewerkschaft muss in allen Organisationsbereichen kampffähig und durchsetzungsmächtig werden. 40.000 Professorinnen und Professoren, 130.000 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schätzungsweise rund 100.000 studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte allein an den Hochschulen sind ein riesiges Potenzial.

Die zurückliegende Länder-Tarifrunde 2009 hat gezeigt, dass sich auch die Beschäftigten in der Wissenschaft mobilisieren lassen, wenn sie spüren, dass es um ihre Interessen geht. In vielen Ländern waren Beschäftigte aus Hochschule und Forschung maßgeblich an den Aktionen und Streiks beteiligt. Mit der Zusage der Arbeitgeber, Tarifgespräche über die Erweiterung des Geltungsbereichs des TV-L aufzunehmen, von dem studentische Beschäftigte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Lehrkräfte an Kunst- und Musikhochschulen bis heute ausgeschlossen sind, haben wir einen handfesten wissenschaftsspezifischen Erfolg vorzuweisen. Es kommt jetzt darauf an, mit einem überzeugenden Konzept, mit einer überzeugenden Strategie und mit handfester Unterstützung durch die betroffenen Kolleginnen und Kollegen dafür zu sorgen, dass endlich alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Hochschulen und Forschungseinrichtungen tariflichen Schutz erhalten.

Die GEW hat in den letzten Jahren überzeugende Konzepte für die wissenschaftsadäquate Ausgestaltung des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung vorgelegt, die den berechtigten materiellen Interessen der in der Wissenschaft beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ebenso Rechnung tragen wie der Qualität von Forschung und Lehre nützen. Denn gute Bildung – gute Studienbedingungen, eine gute Betreuung der Studie-

renden – und gute Arbeit – eine angemessenen Bezahlung und faire Beschäftigungsbedingungen – sind zwei Seiten einer Medaille. Jetzt kommt es darauf an, unsere guten Konzepte politisch umzusetzen – bildungs- und wissenschaftspolitisch gegenüber Regierungen und Parlamenten in Bund und Ländern, und tarifpolitisch gegenüber den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes.

Darüber hinaus kommt es jetzt darauf an, gewerkschaftlichen Druck für die überfällige Reform der Personalstruktur und Karrierewege in der Wissenschaft zu entfalten. Die Situation ist dramatisch. Selbst promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden häufig mit Stipendien abgespeist – ohne Sozialversicherungsschutz. So weit es echte Beschäftigungsverhältnisse gibt, sind diese befristet, nicht selten maximal ein oder zwei Jahre, und zumeist auf Teilzeitbasis. Daneben deckt eine Heerschar von scheinselfständigen Lehrbeauftragten einen großen Teil der Pflichtlehre der Hochschulen ab. Wer gleichwohl den steinigen Weg einer wissenschaftlichen Laufbahn auf sich nimmt, läuft Gefahr, im Alter von 40 oder 50 Jahren in einer Sackgasse zu landen: hoch qualifiziert, aber ohne Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung. Insbesondere Frauen steigen aus der Wissenschaft aus, statt dort aufzusteigen. Gerade mal einer von zehn Lehrstühlen der höchsten Besoldungsgruppe C4 bzw. W3 ist von einer Frau besetzt.

Doch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben zunehmend Schwierigkeiten, ihren wissenschaftlichen Nachwuchs zu rekrutieren. Sie bekommen mehr und mehr den von der GEW schon vor acht Jahren prophezeiten Fachkräftemangel zu spüren bekommen. Die neuen Exzellenzuniversitäten schaffen es nicht einmal, die millionenschweren Zuschüsse vollständig abzurufen. Qualifizierte junge Menschen geben häufig einer Karriere im Ausland oder in der Wirtschaft den Vorzug. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellte in diesem Zusammenhang zu Recht in Frage, ob ein begabter Nachwuchsforscher wirklich „davon träumt, sein Forscherleben lang ein Drittmittelangestellter zu sein“. Die Zeit ist daher jetzt günstig, Bündnisse für die überfällige Reform von Personalstruktur und Karrierewegen zu schmieden und die Betroffenen zu mobilisieren. Dafür möchte ich in den nächsten Jahren sorgen. Gegen

die Prekarisierung der Arbeit in Hochschule und Forschung – für Wissenschaft als Beruf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wissenschaft braucht Gewerkschaft! Die Bildungsgewerkschaft GEW hat sich vorgenommen, ihren Generationswechsel aktiv zu gestalten. Diese Herausforderungen gilt es auch im Organisationsbereich Hochschule und Forschung zu bewältigen. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus meinem Organisationsbereich habe ich daher ein Konzept für eine GEW-Hochschuloffensive erarbeitet. Wir haben die Vorschläge in die Arbeit des Projekts Generationenwechsel eingebracht und möchte diese nach dem Gewerkschaftstag umsetzen.

Wissenschaft braucht Gewerkschaft – wir möchten den wissenschaftlichen Nachwuchs an die Bildungsgewerkschaft heranführen und binden und sind dafür dank der Arbeit unserer Projektgruppe Doktorandinnen und Doktoranden hervorragend aufgestellt. Nutzt daher bitte in euren Landesverbänden die Fortbildungsangebote für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, die wir mit Unterstützung des Gemeinschaftsprojekt „Mitgliederwerbung/Mitgliederbindung“ erarbeitet haben.

Eine GEW-Hochschuloffensive ist immer auch eine Offensive für eine starke Bildungsgewerkschaft. Ich hatte eingangs darauf hingewiesen, dass fast alle GEW-Mitglieder und potenziellen Mitglieder vor ihrer beruflichen Tätigkeit eine Hochschule durchlaufen. Wissenschaft braucht Gewerkschaft – der Erstkontakt mit der GEW an der Hochschule ist von entscheidender Bedeutung für eine möglicherweise erst später folgende Entscheidung für die GEW. Eine starke und überzeugende Präsenz an den Hochschulen ist daher ein Anliegen aller Organisationsbereiche in der GEW. Gegen Einzelkämpfertum und Ellbogenmentalität – für eine GEW-Hochschuloffensive!

„Wer wählt, hat seine Stimme schon abgegeben“, lautet ein alter Spontispruch aus den achtziger Jahren. Wenn ihr mich heute wählt, dann bitte ich euch zugleich: Gebt euere Stimme nicht ab, unterstützt mich bei mei-

ner Arbeit für eine starke Bildungsgewerkschaft mit einem starken Organisationsbereich Hochschule und Forschung. Dafür möchte ich mich gemeinsam mit euch weitere vier Jahre einsetzen und bitte dafür um eure Zustimmung.